zur DDR sollen die West-Berliner künftig Bundespässe vorzeigen können.

Selbst in heikleren Punkten wie der Bundespräsenz in West-Berlin, über die sich die Unterhändler noch nicht einig sind, glauben die alliierten Vertragsoptimisten an Kompromisse. Die drei westlichen Verbündeten scheinen bereit, den Verzicht Bonns auf die Wahl des Bundespräsidenten, auf Hoheitsakte des Bonner Staatsoberhaupts und Plenarsitzungen des Bundestages in Berlin vertraglich festschreiben zu lassen. Von den Sowjets erwarten sie dafür die Duldung der Außenstellen Bonner Ministerien und anderer Bundesbehörden in der alten Reichshauptstadt, die nach West-Vorstellungen künftig als Dienststellen des Bundesbevollmächtigten für Berlin firmieren sollen.

Ungelöst sind freilich nach wie vor die Fragen, zu denen die DDR harte Forderungen angemeldet hat: die vertragliche Sicherung des freien Zugangs nach West-Berlin, die Außenvertretung der Halbstadt und ihre Repräsentanz in Uno und Nato.

Dennoch war Bonns Zuversicht in den Berlin-Handel so groß, daß Scheel in Lissabon auf ein neues Bonner Junktim zwischen einer befriedigenden Berlin-Lösung und dem Beginn von Truppenabzugs-Gesprächen glaubte verzichten zu können. Scheels Begründung: „Weil es in diesem Jahr die Möglichkeit einer befriedigenden Berlin-Regelung gibt."

Selbst die bisher immer skeptischen Außenminister der übrigen Nato-Partnerstaaten trauten sich, in ihrem Abschluß-Kommuniqué einen Zeitpunkt für den Berlin-Kompromiß zu fixieren: ihre nächste Wintertagung im Dezember in Brüssel.

Einziger Skeptiker am Verhandlungstisch: der scheidende Nato-Generalsekretär Manlio Brosio, der die Berlin-Regelung „noch nicht in Reichweite sieht".

UMWELTSCHUTZ

Bilder vom Untergang

FDP-Innenminister Genscher will die Industrie mit einem „Umweltprogramm der Bundesregierung" zu Milliarden-Investitionen zwingen. Doch die Unternehmer hoffen auf Protektion durch Doppelminister Schiller.

Günter Hartkopf, FDP-Staatssekretär im Bonner Innenministerium, warb bei Umweltverschmutzern um Wohlwollen. Vor Wasserwirtschafts-Experten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) verkündete Bonns höchster Umweltschutz-Beamter: „Wir wissen, wer unsere Partner auf Dauer sind. Auch dann, wenn der eine oder andere Verband glaubt, Gesetzgebungs-Vorhaben bremsen oder verhindern zu müssen, die rational notwendig und politisch unausweichlich sind."

Die Industrie aber will von solcher Partnerschaft nichts wissen. In der Wirtschaft formiert sich der Widerstand gegen das Umwelt-Programm des Innenressorts, das im September vom Kabinett verabschiedet werden soll.

Die Industriellen fürchten, stärker als bisher und mehr, als sie vom FDP-Minister Hans-Dietrich Genscher erwartet hatten, für die von ihnen produzierten Abgase und Abwässer bezahlen zu müssen. Denn nach dem Referenten-Entwurf des Ministeriums soll das Prinzip, daß der „Verursacher" von Umweltschäden auch die Kosten ihrer



Luftverschmutzung in Deutschland
„Gemeingefährliches Verbrechen?"

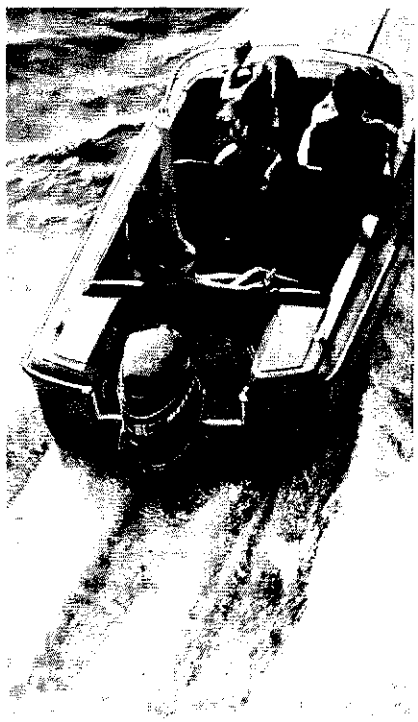
Beseitigung zu tragen hat, Gesetz werden.

Mit einem hundert Seiten starken „Umwelt-Programm der Bundesregierung", das an die anderen Ressorts zur Begutachtung verschickt worden ist, will Genscher sich der „Herausforderung des Jahrzehnts" stellen und dafür sorgen, „daß der Mensch frei atmen, daß er Wasser trinken und sich mit sauberem Wasser waschen kann".

Gesetze zur Natur- und Landschaftspflege, ein Immissionsschutz- und ein Abfallbeseitigungsgesetz sollen Industrie und Kommunen zu größerer Reinlichkeit zwingen. Umwelt-Verschmutzer sollen künftig mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldbußen bis zu 50 000 Mark bestraft werden. Luft- und Wasserverschmutzung sollen als „gemeingefährliches Verbrechen" ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Mit einer Grundgesetzänderung will der Innenminister zudem den Bundesbürgern zu einem „Grundrecht auf menschenwürdige Umwelt" verhelfen.

Unbelehrbaren Fabrikanten droht sogar Produktionsverbot. Sollte bei-

No 1
Powered by Mercury



Der Erfolg hat Mercury-Außenbordmotoren zur Nr. 1 in der Welt gemacht.

Weil wir neben Kraft und Leistung Lebensdauer und Sicherheit ins richtige Verhältnis gesetzt haben. Und mit der Direktstromspülung neue Maßstäbe für Außenbordmotoren setzten.

Darum haben alle Mercury-Motoren elektronische Thunderbolt-Zündung. Für blitzschnelle, störungsfreie Starts; selbst beim 50-PS-4-Zylinder garantieren wir den Handstart mit dem kleinen Finger.

Darum haben alle Mercurys Perma-Gap-Zündkerzen. Die halten lebenslang. Deshalb haben alle Mercurys einen Jet-Prop-Auspuff. Der sorgt für mehr Leistung und begräbt Auspuffgase und Lärm tief im Wasser unter sich. Das sind nur ein paar Gründe, die unseren Erfolg begründet haben.

Außen- und Innenborder-Kraftpakete von 4-450 PS.

Führend im Bootsantrieb

MERCURY
Alleinimporteur

Dr. Ernst Rühl

605 Offenbach-Rumpenheim, Mainkurstraße 3-5

Fordern Sie unbedingt und kostenlos Farbbroschüre, Preisliste und Händlernachweis an.

spielsweise die Verpackungsindustrie nicht freiwillig auf die Herstellung nur schwer vernichtbarer Einwegflaschen, Kunststofftüten und Plastikhüllen verzichten, so wäre nach dem Genscher-Plan die Bundesregierung ermächtigt, die resistenten Produkte zu verbieten. „Die menschliche Gesundheit", so das Programm, „hat Vorrang gegenüber ökonomischem Nutzen."

Gegen die von Staatssekretär Hartkopf postulierte „Priorität des Allgemeinwohls vor der wirtschaftlichen Zumutbarkeit" entwerfen die Unternehmer Stimmungsbilder vom Wirtschaftsuntergang: Die ihnen entstehenden Umweltschutz-Kosten von zwei bis drei Milliarden Mark jährlich könnten oft nicht einmal mehr nach bewährtem Rezept auf die Preise abgewälzt werden, weil sonst die Exportindustrie schweren Schaden nehmen müßte.

Die Automobilbranche hat errechnet, was die Auflage der Bundesregierung kostet, die Schädlichkeit der Auspuffgase bis 1980 „auf ein Zehntel des jetzigen Standes" zu reduzieren: um zehn Prozent teurere Autos.

Betriebe, die sich aus Wettbewerbsgründen „zu einer Finanzierung über die Preise außerstande sehen", sollten — so fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie — von den neuen Vorschriften „freizustellen" sein. Wolle Bonn dies nicht einsehen, dann seien „diese Unternehmen zur Aufgabe ihrer Tätigkeit verurteilt".

Mit Abwanderung ins Ausland droht der Vorsitzende des Außenhandels-Ausschusses beim BDI, Hans Harms: „Die deutschen Unternehmen werden in wachsendem Maße gezwungen sein", sich in Ländern „billigerer Arbeitskräfte und leichterer Umweltschutzbedingungen anzusiedeln".

Staatssekretär Hartkopf hält das für Panikmache: „Die können mehr leisten, als sie jetzt zugeben wollen."

Welche Summen Industrie und öffentliche Hand in den nächsten fünf Jahren für blauen Himmel und saubere Gewässer aufbringen müßten, hat ein Team der Rheinpreußen AG, einer Tochtergesellschaft des amerikanischen Erdöl-Konzerns Texaco, im Auftrag des Innenministeriums errechnet. Bund und Länder müßten nach der Expertenschätzung 15,3 Milliarden Mark aufwenden — zum großen Teil für gemeindeeigene Klär- und Verbrennungsanlagen, aber auch zur Subventionierung umweltfreundlicher Produkte. Die Industrie müßte bis 1976 etwa 12,7 Milliarden Mark investieren, um ihre Abwässer und Abgase unter Kontrolle zu bringen.

Unterstützung erhofft die Industrie jetzt aus Schillers Superministerium. In der Tat sperren sich die Wirtschafts-Beamten gegen einen raschen und rigorosen Griff in die Unternehmertaschen.

Ministerialdirektor Otto Schlecht will es den Unternehmern recht machen. Der Schiller-Beamte über Genschers Umweltschützer: „Die haben das gerechnet, bevor sie wußten, was sie wollten. Die Wirtschaft muß das alles erst mal verkraften und Zeit haben, sich auf die neuen Auflagen einzustellen."

VERFASSUNGSSCHUTZ

Links vor rechts

In seinen Jahresberichten 1970 dokumentiert das Bundesamt für Verfassungsschutz Gefahr von links, Resignation von rechts — und einen Knick in der Verfassungsschützer-Optik.

Dr. Alfred Richter aus Lommersdorf im linksrheinischen Kreis Schleiden ist von Beruf Tierarzt und nebenher die „Partei Deutscher Idealisten (PDI)". Franz Roderich Hermann Musfeldt ist eine Glaubensbewegung — „Bruder Hermann" betreibt den „Goden-Orden" mit völkisch-nationalistischem Buchversand. „Organisation Preußen (OP)" ist der Bundesmajor d. R. Brall aus Neunkirchen. Und Otto Karl Düpow ist nicht, nur Schriftsteller, Dozent, Publizist, Lyriker und Ethnologe, sondern auch die Akademie „Das Neue Reich".

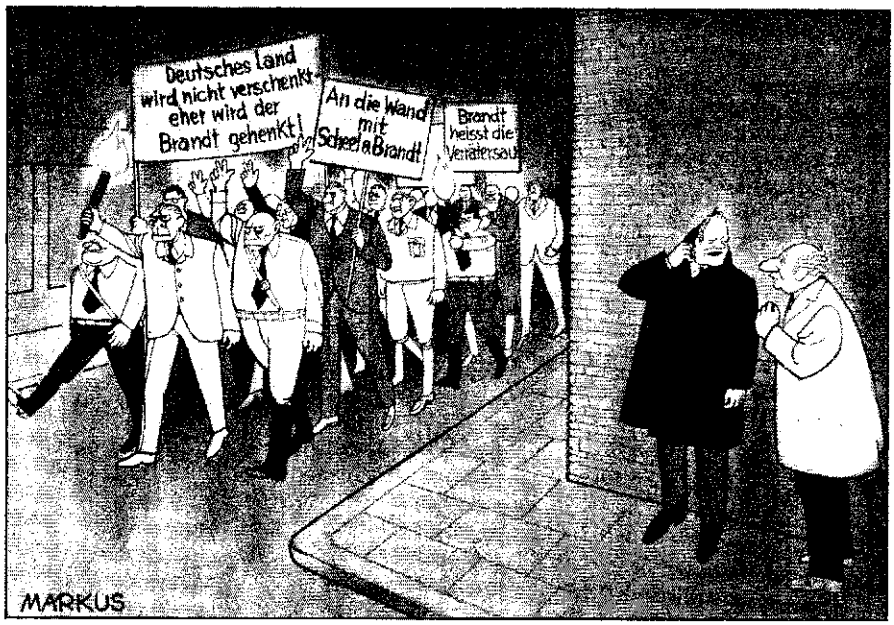
Unter der Rubrik „Rechtsextreme Ein-Mann-Organisationen" hat das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem vertraulichen Jahresbericht 1970 (Aktenzeichen LB-A-00013-3/71-VS-NfD) 21 völkische Eigenbrötler registriert. Der rechtsradikale „Witiko-Bund" (1100 Mitglieder), die nationalistische „Deutsche Jugend des Ostens" (140 000 Mitglieder) und die reaktionäre „Deutschland-Stiftung" kommen nicht vor.

Dafür verzeichnet der Jahresbericht über die Linksradikalen (Aktenzeichen III/A 076-00008-16/71-VS-Vertr.) 145 „kommunistische, kommunistisch beeinflußte und sonstige linksradikale Schriften" — darunter Hans Magnus Enzensbergers „Kursbuch" und Klaus Rainer Röhls längst SPD-freundliches „Konkret".

Verfassungsschutz-Chef Hubert Schrübbers konstatiert, daß die Kommunisten „Boden gewonnen haben". Und der Schutzmann warnt die Bonner Regierung vor der „potentiellen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik".

Grund für dieses Menetekel bieten freilich weniger die ebenfalls observierten kommunistischen „Schalmeien-Kapellen" in Hamburg, Kiel, Duisburg und Mainz als die offiziellen westdeutschen und West-Berliner kommunistischen Parteien.

Insbesondere Kurt Bachmann und seiner DKP sowie Gerhard Danelius und seiner SEW attestiert Schrübbers Stärke und Geschlossenheit. Je weniger die DKP mit einem Verbot rechne, um so mehr gebe sie ihre „anfängliche Zurückhaltung bei Zielformulierungen" auf.



Aus „Stern"

„Strauß hat recht — bald traut man sich hierzulande nicht mehr allein auf die Straße!"

Als oberste DKP-Ziele orteten die Staatsschützer den „Sozialismus" nach DDR-Modell und eine „revolutionäre Veränderung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung". Dazu werde versucht, die politischen, sozialen und ökonomischen Konflikte zu schüren sowie Sozialdemokraten von ihrer Führung zu trennen und für eine Volksfront zu gewinnen.

In den Gewerkschaften gar, so der Geheimbericht, sähen die Kommuni-